

Abstract: Klimagerechtigkeit und sozialer Wandel – Ein neues Wohlstandsverständnis

Die Klimakrise ist nicht nur eine ökologische, sondern auch eine soziale Krise, die bestehende Ungleichheiten vertieft. Frauen sind besonders betroffen, da sie überproportional in prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten und den Großteil der unbezahlten Care-Arbeit leisten. Klimaschutz muss daher als Frage der sozialen Gerechtigkeit verstanden werden und eine neue Perspektive einnehmen (Psychologists for Future, 2024). Ziel ist die Entlastung der Einzelnen hin zu einer Regulierung durch den Staat, die dringend für eine regenerative Transformation benötigt wird.

1. Maßnahmen für eine gerechte Klimapolitik

Eine sozial gerechte Klimapolitik erfordert strukturelle Veränderungen:

- **Neudefinition von Wohlstand:** Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) darf nicht länger der alleinige Maßstab sein. Wohlstand muss sich an der Gesundheit der Menschen, der planetaren Stabilität und sozialer Resilienz orientieren (Earth 4 All, 2022).
- **Stärkung der Care-Arbeit:** Unbezahlte und unterbewertete Sorgearbeit ist eine fundamentale Säule gesellschaftlicher Resilienz und muss als klimapolitisch relevante Tätigkeit anerkannt und entlohnt werden (Gleichstellungsbericht, 2024).
- **Investitionen in nachhaltige Sektoren:** Wirtschaftliche Anreize und Förderungen müssen sich an Umwelt- und Gemeinwohlkriterien orientieren (Club of Rome, 2024).
- **Gendersensible Klimapolitik:** Finanzielle Förderungen und politische Entscheidungen müssen die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Klimakrise berücksichtigen und Frauen gezielt stärken (UN Women, 2023).
- **Faire Umverteilung:** Maßnahmen wie progressive Besteuerung von CO₂-intensiven Luxusgütern oder ein bedingungsloses Grundeinkommen können wirtschaftliche Unsicherheit verringern und klimafreundliche Lebensweisen erleichtern (Feminist Economics, 2023).

2. Klimaschutz als Standard: Das sozial gerechte Opt-Out-Modell

Um Klimaschutz als gesellschaftliche Norm zu etablieren, braucht es strukturelle Anreize. Analog zur Widerspruchslösung bei der Organspende wird Klimaschutz als Standard gesetzt: Jeder *ist per Default Klimaschützerin*. Wer über einen bestimmten ökologischen Fußabdruck hinausgeht und sich gegen klimafreundliches Verhalten entscheidet, muss aktiv „opt-outen“ und eine Abgabe entrichten. Diese wird zur Finanzierung nachhaltiger Projekte verwendet. Dadurch werden diejenigen zur Verantwortung gezogen, die überproportional zur Klimakrise beitragen, während einkommensschwache und emissionsarme Haushalte nicht belastet werden (Dixson-Declève et al., 2022).

Das Opt-Out-System hat sich in Österreich bereits erfolgreich bewährt: Durch die Widerspruchslösung konnte die Organspenderate signifikant erhöht werden, was die

medizinische Versorgung verbessert hat (Eurotransplant, 2023, Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz Österreich, 2023). Dies zeigt, dass strukturelle Standardänderungen das Verhalten positiv beeinflussen können.

3. Klimaschutz als Grundrecht in Österreich verankern

Österreich hat aktuell kein explizites Grundrecht auf Klimaschutz in seiner Verfassung. Zwar gibt es seit 1984 das Bundesverfassungsgesetz über den umfassenden Umweltschutz (BVG Umweltschutz) sowie eine Staatszielbestimmung für Klimaschutz (Art. 8a B-VG, seit 2013), doch handelt es sich dabei nicht um einklagbare Rechte (RIS – Rechtsinformationssystem des Bundes).

Ein echter Fortschritt wäre die Verankerung eines einklagbaren Grundrechts auf Klimaschutz in der Verfassung, wie es Deutschland, Frankreich und Ecuador bereits vorgemacht haben. Das österreichische Verfassungsgericht hat 2022 entschieden, dass unzureichender Klimaschutz derzeit nicht direkt einklagbar ist (VfGH Österreich, 2022).

4. Fazit: Klimagerechtigkeit als Schlüssel zur Transformation

Ein gerechter und nachhaltiger Wandel erfordert strukturelle Veränderungen: ein neues Wohlstandsverständnis, die Anerkennung von Care-Arbeit als klimapolitische Maßnahme und einen politischen Rahmen, der klimafreundliches Verhalten als Standard etabliert. Das sozial gerechte Opt-Out-Modell kann eine transformative Rolle spielen, indem es Klimaschutz zur gesellschaftlichen Norm macht und Klimakompensation sozial gerecht verteilt. Gleichzeitig muss Österreich das Recht auf Klimaschutz als einklagbares Verfassungsrecht verankern, um langfristige Verpflichtungen zu schaffen.

Die Zeit für freiwillige Maßnahmen ist vorbei – es braucht politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die Klimagerechtigkeit in den Mittelpunkt stellen (Psychologists for Future, 2024, Earth 4 All, 2022, Eurotransplant, 2023, Sozialministerium Österreich, 2023, VfGH Österreich, 2022).

Keywords: Klimagerechtigkeit, Sozial gerechter Wohlstand, Care-Arbeit und Klimapolitik, Planetare Gesundheit, Opt-Out Klimaschutzmodell, Wohlstandsneudefinition

Quellenverzeichnis

1. **Frauen-Strategiepapier für Klimagerechtigkeit**
 - Psychologists for Future (2024)
 - Verfügbar unter: <https://feministrebellion.org/>
2. **Neudefinition von Wohlstand & sozial gerechte Klimapolitik**
 - Earth 4 All (2022). *Ein Survivalguide für unseren Planeten*. Club of Rome
 - Verfügbar unter: <https://www.clubofrome.org/publication/earth4all/>
3. **Gleichstellungsbericht & Care-Arbeit als klimapolitische Maßnahme**
 - Gleichstellungsbericht der Bundesregierung (2024)
 - Verfügbar unter: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/gleichstellung>
4. **Gendersensible Klimapolitik & Frauenförderung im Klimaschutz**
 - UN Women (2023)
 - Verfügbar unter: <https://unwomen.de/>
5. **Faire Umverteilung & soziale Klimagerechtigkeit**
 - Feminist Economics (2023)
 - Verfügbar unter: <https://www.feministeconomics.org/>
6. **Das sozial gerechte Opt-Out-Modell**
 - Dixson-Declève, S., et al. (2022). *Earth for All: A Survival Guide for Humanity*. Oekom Verlag
 - Verfügbar unter: <https://www.oekom.de/>
7. **Erfolgreiches Opt-Out-Modell in Österreich (Organspende)**
 - Eurotransplant (2023)
 - Verfügbar unter: <https://www.eurotransplant.org/>
 - Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz Österreich (2023)
 - Verfügbar unter: <https://www.sozialministerium.at/>
8. **Grundrecht auf Klimaschutz in Österreich**
 - Bundesverfassungsgesetz über den umfassenden Umweltschutz (BVG Umweltschutz, 1984)
 - Verfügbar unter: <https://www.ris.bka.gv.at>
 - Österreichische Staatszielbestimmung für Klimaschutz (Art. 8a B-VG, 2013)

- Verfügbar unter: <https://www.parlament.gv.at>
- Verfassungsgerichtshof Österreich (2022): Klimaklagen und Umweltschutz
- Verfügbar unter: <https://www.vfgh.gv.at/>

9. Klimaschutz als Menschenrecht (UN-Ebene)

- UN-Generalversammlung (2022): Anerkennung des Rechts auf eine gesunde Umwelt als Menschenrecht
- Verfügbar unter: <https://news.un.org/en/story/2022/07/1123482>
- UN-Menschenrechtsrat (2021): Resolution zur Bedrohung durch den Klimawandel für Menschenrechte
- Verfügbar unter: <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2021/10/human-rights-council-recognizes-human-right-healthy-environment>

10. Klimaschutz in nationalen Verfassungen (internationale Vergleiche)

- Global Environmental Constitutionalism (2024)
- Verfügbar unter: <https://www.eli.org/research-reports/global-environmental-constitutionalism>
- Bundesverfassungsgericht Deutschland (2021): Urteil zum Klimaschutz als Grundrecht
- Verfügbar unter:
https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2021/03/rs20210324_1bvr265618.html